

Behörde sucht Ex-Regierungsrat öffentlich

Emmen Die UBS fordert vom ehemaligen Luzerner Finanzdirektor Daniel Bühlmann 530 000 Franken. Das zuständige Betreibungsamt hat einen Zahlungsbefehl ausgestellt. Doch der Aufenthaltsort des Ex-SVP-Regierungsrats ist unbekannt.

Kilian Küttel
kilian.kuettel@luzernerzeitung.ch

96 Seiten umfasst das aktuelle Luzerner Kantonsblatt. Dicke Post, vor allem für einen: den ehemaligen Luzerner Finanzdirektor Daniel Bühlmann. Aber nicht wegen der Seitenzahl, sondern wegen des Inhalts: Mit einem Zahlungsbefehl fordert die UBS Switzerland AG 530 000 Franken vom Ex-SVP-Regierungsrat. «Betreibung auf Verwertung eines Grundpfandes», heisst es zur Art der Schuldbetreibung. Gemäss Aussagen eines Luzerner Sachwalters handelt es sich offensichtlich um die Rückforderung einer Hypothek.

Betroffen sind zwei Liegenschaften in der Gemeinde Emmen, die Bühlmann gehören. Im Telefonbuch findet sich bei einer der beiden Adressen eine Nummer, die auf den früheren Regie-

rungsrat eingetragen ist. Wer dort anruft, bekommt folgenden Satz zu hören: «Dieser Anschluss ist zurzeit nicht besetzt.» Auch seine frühere Handynummer führt nicht mehr zu ihm.

Daniel Bühlmann ist schwierig zu erreichen. Das gilt offenbar auch für das Emmer Betreibungsamt. Denn wie dem Luzerner Kantonsblatt zu entnehmen ist, ist sein Aufenthaltsort derzeit unbekannt. Jedoch ist beim Zahlungsbefehl die letzte bekannte Adresse Bühlmanns aufgeführt. Auch bei der Emmer Einwohnerkontrolle teilt man auf Anfrage diese Anschrift mit.

Hausbesuch fördert nichts zu Tage

Der frühere Luzerner Regierungsrat ist für die Behörden nicht auffindbar. Bei einem Augenschein an der genannten Adresse am Freitagmittag herrscht



Daniel Bühlmann vertrat von 2005 bis 2007 die SVP im Luzerner Regierungsrat. Bild: Archiv LZ

das übliche Treiben: Die Pöstlerin fährt durchs Quartier, in einem orientalischen Geschäft gehen die Kunden ein und aus, Schulkinder sind auf dem Heimweg. Im Sonnenlicht steht ein

ockerfarbenes Mehrfamilienhaus. In diesem Gebäude mit 24 Parteien soll Bühlmann laut dem Emmer Betreibungsamt wohnen. Ein wenig versteckt findet sich im Eingangsbereich tatsächlich ein Briefkasten, auf dem sein Name prangt. Er sieht aus, als wäre er schon länger nicht mehr geleert worden. Auf ein Klingeln an der Haustür folgt keine Reaktion. Ein Bewohner des Nachbarhauses, das im gleichen Baustil gehalten ist und von der gleichen Firma verwaltet wird, sagt, der ehemalige Regierungsrat sei nur selten zu sehen.

Auf der Plattform Linked-in, quasi einem Facebook für die Geschäftswelt, bezeichnet sich Bühlmann als «Abteilungsleiter Immobilienentwicklung» einer Baufirma. Gemäss seinen Angaben ist er seit 2013 beim Unternehmen engagiert, das seinen Hauptsitz in Bern und eine Nie-

derlassung in Luzern hat. Und er sei es noch immer. Doch das scheint nicht mehr zuzutreffen. Auf Nachfrage erklärt eine Mitarbeiterin telefonisch, dass Bühlmann «schon lange nicht mehr bei uns arbeitet».

Sechs Monate Zeit, um der Forderung nachzukommen

Gerne hätte unsere Zeitung mit Bühlmann persönlich Kontakt aufgenommen. Aber wie auch für die Betreibungsbehörden ist er nicht auffindbar. Ebenso war von der UBS nichts Verwertbares in Erfahrung zu bringen. Ein Sprecher schreibt auf konkrete Fragen: «Leider können wir zu allfälligen Kundenbeziehungen aufgrund des Bankgeheimnisses keine Auskunft erteilen.»

Ab heute ist das Kantonsblatt öffentlich. Mit Zustellung des Zahlungsbefehls hat Bühlmann sechs Monate Zeit, der Forde-

rung der UBS nachzukommen. Will er gegen den Zahlungsbefehl vorgehen, kann er dies ebenfalls tun. Während zehn Tagen nach der Veröffentlichung einer Forderung hat ein Gläubiger Zeit, Rechtsvorschlag zu erheben.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass Bühlmann seinen finanziellen Verpflichtungen offenbar nicht genügend nachgekommen ist: Im Januar 2007 wurde publik, dass er mehrfach Rechnungen nicht bezahlt hat. Er sah sich privaten Betreibungen von rund 15 000 Franken gegenüber, die sich unter anderem aufgrund einer «schlechten privaten Organisation in administrativen Belangen» angesammelt hatten, wie er damals gegenüber unserer Zeitung sagte. Für den damaligen Luzerner Finanzdirektor hatte das politische Konsequenzen. Er wurde nach nur zwei Jahren in der Regierung abgewählt.

Luzerner Kanti-Schüler schwänzen fürs Klima

Stadt Schätzungsweise 500 Luzerner Jugendliche liessen gestern Morgen die Schule sausen, um fürs Klima zu demonstrieren. Während sie über eine Wiederholung der Aktion nachdenken, erinnert der Kanton an die Unterrichtspflicht.

«Wem sini Zuekonft?» – «Üsi Zuekonft», rufen die Schülerinnen und Schüler lautstark. Was in Schweden begann, hat nun auch die Stadt Luzern erreicht: Die Jugend streikt fürs Klima und ruft den Klima-Notstand aus. «Die Erde hat Fieber, und es steigt weiter an», heisst es auf einem Transparent, oder: «Mit eusem grosse CO₂-Usstos simmer eusi Erde ganz schnell los», «There is no planet B», «Du fliegst nach London, ich zahle die Rechnung».

Vorbild der Jugendlichen ist die junge Schwedin Greta Thunberg. Sie schwänzt jeden Freitag die Schule, um für eine Reduktion des CO₂-Ausstosses zu demonstrieren. Nach Zürich, Bern und Basel haben sich nun auch Schüler aus dem Kanton Luzern der Aktion angeschlossen. Sie trafen sich gestern um 10 Uhr neben der Kapellbrücke. Die Demonstration führte über den Rathaussteg bis zum Jesuitenplatz und schliesslich zum Mühlenplatz. Nach 11 Uhr löste sich die bewilligte und von der Polizei begleitete Demonstration auf.

«Mehr Aufmerksamkeit an einem Schultag»

«Wir wollen, dass die Regierung auf den Klimawandel reagiert», sagt die 17-jährige Mitorganisatorin Lena Merz. Die Schule zu schwänzen, sei ein bewusst gewähltes Mittel. Die gleichaltrige Mitorganisatorin Jorina Rast, welche an die Kantonsschule Beromünster geht, erklärt es so: «Wir glauben, dass die Aufmerksamkeit viel grösser ist, wenn man eine solche Aktion an einem Schultag macht.» Sie betont aber: «Es ist kein Streik gegen die Schule, sondern fürs Klima.» Die Schulleitungen würden unter-



Mit zahlreichen Transparenten fordern die Jugendlichen, dass sich die Politik des Klimas annimmt.

Bilder: Boris Bürgisser (Luzern, 18. Januar 2019)

schiedlich reagieren. «An unserer Schule haben wir ein Kontingent an Lektionen, an denen wir im Unterricht fehlen können. Ansonsten riskieren die Schüler eine unentschuldigte Absenz.» Diese Konsequenzen nehmen die Jugendlichen auf sich. «Es geht schliesslich um unsere Zukunft. Das Klima ist eine viel wichtigere Sache als die drei Schullektionen, die wir da verpasst haben.»

Weitere Demos sind nicht ausgeschlossen

«Es braucht einen radikalen Wandel in der Politik», sagt OK-Mitglied Jona Studhalter (Junge Grüne). Dies müsse man bei den kommenden Wahlen berücksichtigen. Dafür zu demonstrieren, sei richtig, so Studhalter. «Es hat sich immer wieder gezeigt, dass etwas geschieht, wenn Leute aufstehen. Wenn diese Demo nichts bringt, werden wir mit einer nächsten kommen.»

An einer Wiederholung der Demo dürfte der Kanton Luzern keine Freude haben. Zwar sei es zu begrüssen, «dass Jugendliche ihre Meinung äussern», so Aldo Magno, Leiter der Dienststelle Gymnasialbildung. Es sei ein demokratisches Recht, eine Demonstration zu veranstalten. Doch grundsätzlich gelte die Unterrichtspflicht. «Kantischüler unterstehen dem gleichen Recht wie etwa Lehrlinge, die auch nicht einfach ihrem Arbeitsplatz fern bleiben können.»

Neben Luzern wurde in Zug, Aarau, Solothurn, Basel, Neuenburg und Zürich demonstriert. Alleine in Lausanne sollen es 8000 Teilnehmer gewesen sein.

Florian Arnold
florian.arnold@umerzeitung.ch